

Gemeinsame PM von JES Bundesverband und JES NRW
„Internationaler Gedenktag für verstorbene Drogengebrauchende“

Drogentod ist Staatsversagen!

Am 21. Juli findet in etwa 100 Städten und mit Beteiligung von ca. 400 Einrichtungen der Aids- und Drogenhilfe, der Selbsthilfe sowie Initiativen von Angehörigen und Fachverbänden der Internationale Gedenktag für verstorbene Drogengebrauchende statt. Das Motto des Aktions- und Trauertags lautet in diesem Jahr "Drogentod ist Staatsversagen!".

Im Jahr 2022 verzeichnete Deutschland zum 6. Mal in Folge einen jährlichen Anstieg der Todesfälle von Menschen, die illegalisierte Drogen konsumieren. Es starben 1990 Menschen an den Folgen von Überdosierungen, Schwarzmarktsubstanzen, Illegalität und Verfolgung sowie Infektionserkrankungen und Suiziden. In den vergangenen 10 Jahren hat sich die Zahl dieser Todesfälle verdoppelt. Ein echter Skandal, wie JES beklagt. JES versteht sich als Sprachrohr von Menschen, die illegal gestellte Drogen konsumieren.

„Auch wenn wir positive drogenpolitische Entwicklungen sehen, ist der Tod dieser Menschen durch eine über Jahrzehnte fehlgeleitete Drogenpolitik mitverursacht“, beklagt Cora Meister vom Landesverband JES NRW. „Da Drogentod auch ein gesamtgesellschaftliches Versagen ist (also ein Versagen des Staates auf diesem wichtigen Sektor), haben wir uns in diesem Jahr für dieses deutliche Motto entschieden“, so Meister weiter.

Die wissenschaftliche Evidenz zeigt, mit welchen Maßnahmen Drogentodesfälle zu vermeiden oder mindestens zu reduzieren sind. Hier einige Beispiele

- Es fehlt in Deutschland an flächendeckenden gesetzlichen Voraussetzungen für eine Analyse von Schwarzmarktsubstanzen, also das sogenannte Drug Checking. Dies nun in die Verantwortung der jeweiligen Bundesländer legen zu wollen, erscheint uns als Ansatz unzureichend und eher verwirrend.
- Niedrigschwellige und voraussetzungslose Angebote, auf Grundlage des Leitbilds akzeptierender Drogenarbeit, sind ein unverzichtbarer und erfolgreicher Bestandteil des Hilfesystems. Die Erfolge sind sichtbar, dennoch ist die Finanzierung kommunaler Aids- und Drogenhilfe durch Kommunen und Länder unzureichend.
- Die heroingestützte Behandlung ist trotz ihrer Erfolge nur für einen kleinen Teil der Heroinkonsument*innen zugänglich. Aktuell werden lediglich ca. 1500 Menschen behandelt. Hohe und medizinisch nicht begründbare Hürden verhindern eine erfolgreiche Behandlung der allermeisten Konsumierenden.

„Der jährliche tausendfache Tod findet seinen Ursprung in der weiterhin praktizierten Kriminalisierung mit immer neuen Rekorden an Strafanzeigen. Die geplante Entkriminalisierung von Cannabiskonsumenten kann nur ein erster Schritt zur Möglichkeit der regulierten, legalen Abgabe von Cannabis an Erwachsene sein, dem weitere Schritte folgen müssen. Denn Kontrolle erfordert nun mal einen legalen Rahmen“, fasst Mathias Häde vom JES Bundesvorstand abschließend die Position von JES zur mittelfristigen Legalisierung aller Drogen zusammen.